

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 310 | 03/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€



PFLEGENOTSTAND, TEUERUNG, GEWALT – SEXISMUS HAT SYSTEM!



AUS DEM INHALT

» Die Entwicklung der **Frauenbewegung** und die Notwendigkeit von sozialistischem Feminismus
Schwerpunkt

» Das **Erdbeben** in der Türkei erschüttert das Regime Erdogan auch wegen der Verflechtungen mit der Bauwirtschaft
Seite 15

» Es wird mehr gestreikt – und schon versuchen Unternehmen und Regierung das **Streikrecht** zu untergraben.
Seite 5

WER
WIR
SIND

ISA

INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung - und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen - und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

TERMIN DES MONATS
UNTERBAU-DEMO

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsräte*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam - und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter [slp.at/kalender](#), Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes: Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch Bundesvorsitzende Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 IBIC: OPSKATWW

23.3.2023

14:00 | Universität Wien

Unterbau, die Basisinitiative universitärer Beschäftigter, ruft

zur Großdemonstration auf: gegen prekäre Arbeitsbedingungen und für ein demokratisches und ausfinanziertes Bildungssystem, das nicht für Profite, sondern für die Lernenden und Lehrenden da ist.

8. März Frauentag – So gehts (nicht)!

von Sonja Grusch

Es ist wieder soweit. Mehrmals im Jahr (Frauentag, Tag gegen Gewalt an Frauen, Equal Pay Day...) überschlagen sich (fast) alle in Beteuerungen, wie wichtig Frauenrechte sind und wie pfui Sexismus ist. Selbst jene, die aus ideologischen Gründen ein konservatives Frauenbild propagieren und mit Sexismus auffallen - von Kirche über ÖVP bis FPÖ - tun so, als ob sie "natürlich" für Gleichberechtigung sind. Soweit Theorie und Propaganda, denn mit offenem Sexismus kommt man in der Politik heute nicht mehr weit.

Die Realität sieht ganz anders aus: Der Global-Gender-Gap-Bericht des Weltwirtschaftsforums errechnet, dass Gleichberechtigung - so sich nichts verlangsame - erst in 133 Jahren erreicht wäre. Corona hat die Lage von Frauen weltweit verschlechtert, uns mehr unbezahlt Arbeit aufgehalst. Jede Wirtschaftskrise - und die kommen in den letzten Jahrzehnten in immer kürzeren Abständen - verschärft die Situation von Frauen. Denn wenn der Kapitalismus seiner sozialen Rüschen entledigt ist, tritt seine volle Brutalität und Ausbeutung zu Tage: Spitäler werden geschlossen, Pflege ins Private verlegt, Bildung privatisiert, Kinderbetreuung zum Luxus und im Job selbst steigt der Stress bei sinkenden Einkommen. Frauen werden in die "Teilzeitfalle" gezwungen und so wird eine viel zu oft gewalttägige Familie ebenfalls zur Falle. Und die Teuerung verschlimmert alles noch. Es scheint kein Entrinnen aus Sexismus, Gewalt und Ungerechtigkeit zu geben. Das trifft alle, die nicht zu den Reichen gehören (also eigentlich fast alle außer der Elite) - und Frauen ganz besonders. Und um diese Maßnahmen durchzukriegen, werden "traditionelle" Rollenbilder aus der Mottenkiste geholt und aufgehübscht.

Gegen Mainstream- und für Sozialistischen Feminismus

Und um so zu tun, als ob man auch so fortschrittlich wäre, bleibt der Main-Stream-Feminismus schön an der Oberfläche. Bei Ursachenklärung ebenso wie bei Lösungen. Weil aber Frauenunterdrückung nicht in der DNA von Männern, sehr wohl aber in der DNA des Kapitalismus steckt, ist dieser Main-Stream-Feminismus im besten Fall sinn- und wirkungslos. Was wir stattdessen brauchen, ist sozialistischer Feminismus, der seine Wurzeln im Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise und daraus resultierender Ideologie hat. Und der seine Wurzeln bei den sozialistischen Kämpfer*innen wie Zetkin, Luxemburg, Kollontai, aber auch Engels und Bebel hat. Und was unterscheidet nun diesen sozialistischen Feminismus?

1) Frauenunterdrückung liegt am und hat System 2) Dieses System heißt Kapitalismus und braucht die mies und unbezahlte Frauenarbeit (laut Oxfam leisten Frauen täglich 12,5 Milliarden unbezahlt Stunden Care-Arbeit) 3) Deswegen kratzen individuelle Lösungen bestenfalls an der Oberfläche 4) Demokratische und gesellschaftliche Rechte gehen nicht ohne soziale Rechte 5) Diese werden uns nicht geschenkt, die müssen wir erkämpfen (und genau das sehen wir zunehmend durch Streiks in "Frauenbereichen" wie Pflege und Bildung). Das ist das Verständnis von ISA und unserer sozialistisch-feministischen Initiative Rosa - und zwar ganz besonders bei der internationalen Rosa-Konferenz. Komm hin: 18/19.3. in Wien!

**mehr Infos zur Rosa-Konferenz:
QR-Code scannen!**



Warum die FPÖ beliebt ist...

beide Artikel von Nico Rastelli

Die FPÖ gewinnt trotz Ibiza und anderen Skandalen wieder an Beliebtheit. Bei der NÖ-Wahl gewann sie fast 1/4 der Stimmen, in Umfragen liegt sie bundesweit auf Platz 1. Die Gefahr durch die FPÖ zu erkennen und zu bekämpfen, ist wichtig. Sie zu ignorieren, wird dabei nicht helfen, sie zu integrieren auch nicht; alle FPÖ-Wähler*innen als Nazis, die sich nie ändern würden, oder als dumm darzustellen ist auch keine Lösung.

Diesen Ansätzen fehlt es an Analyse: Der Hauptgrund, dass sie zulegt ist nicht nur ihre reaktionäre Einstellung gegenüber Migrant*innen, Frauen oder der LGBTQ+ Community, sondern ihre – wenn auch falsche – Präsentation als Anti-Establishment-Partei und ihre – auch verlogene – Opposition zur Politik und Korruption der Regierungsparteien. Die FPÖ greift oft als einzige Themen auf, die für Arbeiter*innen zentral sind, wie die Teuerung. In NÖ

war auch für FPÖ-Wähler*innen Teuerung das wichtigere Thema als Migration. Sie gibt vor, auf Seite der sozial Schwachen zu sein, leitet ihre legitime Wut über Probleme des Kapitalismus aber auf rassistische Antworten um.

Es ist jedoch nicht so, als wüssten Arbeiter*innen nicht, was ihre Interessen sind, und wären einfach reaktionär – es fehlt an einer Partei, die diese Interessen repräsentiert. Wo es ein Angebot gibt, fallen die FPÖ-Stimmen schwächer aus, wie man in Traiskirchen sehen konnte. Dort kandidierte im Rahmen der NÖ-Wahl der SPÖ-Linke Babler, der Themen der Arbeiter*innen aufgriff und gleichzeitig ohne Rassismus auf das Thema Flüchtlingslager einging. Die Ergebnisse ließen sich sehen: Fast 43%

der Wähler*innen stimmten für ihn, der FPÖ-Aufstieg wurde gebremst. Und das, obwohl Babler immer noch Teil der SPÖ ist, die definitiv keine Arbeiter*innenalternative und mitverantwortlich für rassistische Politik und Sozialabbau ist. Wie erst könnte Babler durchstarten, wenn er eine echte, neue Alternative mitaufbauen würde! Trotzdem zeigt sich: Die beste Antwort auf die FPÖ am Wahlzettel ist, eine Alternative zu bieten, die aktuelle Probleme der Arbeiter*innenklasse wie Teuerung, Löhne und Korruption sowie den dringend nötigen Widerstand von unterdrückten Gruppen gegen Abschiebung oder Diskriminierung (auch und gerade durch die FPÖ), aufgreift.

... und wie man sie bekämpfen kann

Große Teile der Arbeiter*innenklasse sind vom Rassismus der FPÖ direkt bedroht – mangels demokratischer Rechte bleibt ihre Gegnerschaft zur FPÖ jedoch unregistriert. Ein Kampf gegen die FPÖ muss deswegen ein Kampf gegen den Staatsrassismus und für gleiche Rechte für alle, die hier leben, sein. Die Ursachen nachvollziehbarer Punkte von FPÖ-Unterstützer*innen, wie z.B. EU-Skepsis, müssen von links aufgegriffen werden: Die Gefahr der EU liegt nicht an Insekten im Essen, sondern dass sie Instrument der Herrschenden gegen Arbeiter*innenrechte ist. Nationalismus ist keine Lösung, weil die österreichische herrschende Klasse

genauso verantwortlich ist für Teuerung und Armut.

Sanders und Corbyn erhielten – trotz ihrem Unwillens, den Kapitalismus an sich zu bekämpfen – aufgrund ihrer arbeiter*innenfreundlicheren Politik massenhaft Unterstützung aus breiten Schichten der Bevölkerung. Sanders schaffte es im Gegensatz zu Clinton sogar, Trump-Wähler*innen aus der Arbeiter*innenklasse von sich zu überzeugen! Was für riesige Erfolge könnte da erst eine echte neue Arbeiter*innenpartei haben, die neoliberale und rechte Politik durch Mobilisierung von unten bekämpft! Eine Partei, die überhaupt nur eine Basis bilden kann, indem

sie Scheinlösungen für echte Probleme des Kapitalismus bietet und die Arbeiter*innenklasse durch Rassismus und Queerfeindlichkeit spaltet, verliert ihre Unterstützung, wenn all diese Probleme tatsächlich und an der Wurzel bekämpft werden – und ein solcher Kampf ist rein auf Wahlebene nicht möglich.

Der effektivste Kampf gegen die FPÖ ist also jener für kämpferische, antirassistische und feministische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, ist Mobilisierung von unten für mehr Personal im Spital, mehr Geld für Soziales und echte Reallohnnerhöhungen. Weil Klassenkampf und Mobilisierung von unten gebraucht wird.

Innenpolitik



Wem nützt welche Demokratie?

von Martina Gergits

Mit Chat-Affäre, Ibiza Skandal, Pandemie, Krieg und Inflation befindet sich das Vertrauen in Institutionen laut „Demokratie Monitor“ im Sinkflug. Waren 2018 noch 64% „ziemlich“ zufrieden mit dem politischen System, sind es 2022 nur noch 34%. Zu Recht, werden doch die dringendsten Themen, wie explodierende Mieten und Energiekosten, Klimawandel, Ungleichheit von keiner der etablierten Parteien ernsthaft aufgegriffen.

Also sinkt die Wahlbeteiligung und Regierungen halten kaum eine ganze Amtsperiode durch. Die „bürgerliche Demokratie“ ist in der Krise und weil davon v.a. Rechte profitieren, sollen wir alle zu ihrer Verteidigung antreten. Und hier liegt das Problem: Die bürgerliche Demokratie wird als einzige Alternative zu autoritären Regimen dargestellt.

„Wer zahlt, schafft an“

Theoretisch ist in der bürgerlichen Demokratie jede Stimme gleich viel wert. Das heißt, meine Stimme am Wahlzettel ist gleich viel wert wie jene von Rene Benko. Allerdings haben wir keinen Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen. Was dazu führt, dass weder mein Chef noch mein Vermieter von meiner Stimme direkt beeinflusst werden. Die „Mitbestimmung“ endet quasi vor der Haustür bzw. vor dem Arbeitsplatz.

Echte Demokratie hängt aber davon ab, wer die wirtschaftliche Macht hat. Das Gefühl „die Politik macht eh nichts für mich“ ist richtig. Längst wissen wir, dass etablierte Parteien viel versprechen, die Praxis aber Kürzungen bei uns und Zuckerl an die Wirtschaft bedeuten.

Rechte und rechtsextreme Parteien, die selbst Teil des Establishments sind, spielen erfolgreich mit diesem Gefühl der Desillusionierung und inszenieren sich als „Außenseiter“. Weil aber die Wurzel der Desillusionierung mit „dem System“ in der etablierten



Info:

Bereits 1994 plakatierte die Haider-FPÖ: „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist.“ Eine Lüge, hat die FPÖ doch beste Verbindungen in die Chefetagen und betreibt Sozialabbau und Lohnkürzungen, wo sie es kann.

Politik liegt, verhelfen etablierte Parteien und ihre mangelhafte bürgerliche „Demokratie“ Rechten zum Aufstieg.

Dem Establishment bleibt dann der Appell, „gemäßigtere“ Parteien (wie SPÖ, ÖVP, Grün etc) zu wählen um „Rechts zu verhindern“. Solche Wahlkämpfe haben wir bei Biden vs. Trump gesehen, bei Macron vs. LePen und bei Lula vs. Bolsonaro. Die „Alternativen“ am Wahlzettel rufen allerdings Bauchweh hervor, Wahlausgänge sind knapp und nur gegen das noch größere Übel. Denn diese „Alternativen“ sind keine, sie stehen nicht für die Interessen der Vielen.

Für echte Demokratie von unten gemeinsam kämpfen!

Diese Skepsis und Desillusionierung in die bürgerliche Demokratie dürfen wir nicht den Rechten überlassen, sondern es braucht eine echte Alternative für echte Demokratie. Der Kampf für echte Demokratie – also

auch in der Wirtschaft – geht Hand in Hand mit jenem gegen die extreme Rechte. Damit es nicht mehr möglich ist, als Energiekonzern massive Profite auf unsere Kosten einzusacken, und Unternehmen mehr Corona-Hilfen kriegen als sie Steuern zahlen. Damit Wohnen und Arbeiten gemeinschaftlich, demokratisch verwaltet wird, in Komitees von den Personen, die dort leben und arbeiten. Beispielsweise ein Krankenhaus, geführt von gewählten Vertreter*innen aller Berufsgruppen dieses Krankenhauses. Eine demokratische Planung der Gesellschaft und Wirtschaft bedeutet laufend mitentscheiden zu können.

Aber es ist klar: Innerhalb der Widersprüche des Kapitalismus, das bürgerliche Demokratie nutzt, um vorzugaukeln, wir wären alle gleich, wird es niemals echte Demokratie für die 99% geben. Erst wenn wir durch die gemeinsame Kraft der Vielen dieses System stürzen, können wir echte Demokratie erreichen. Denn uns zu befreien können wir nur selber tun.



KV-Strategie braucht Änderungen!

von Gerhard Ziegler

Die Lohnquote (= Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen) sinkt kontinuierlich trotz steigender Beschäftigung. Ein Grund sind die schlechten KV-Abschlüsse, die zu Reallohnverlusten führen, während die Unternehmensgewinne explodieren.

Um diesen Trend nach unten zu stoppen, ist eine radikale Neuorientierung der Gewerkschaften notwendig. Die Vertretungen der Unternehmen sind und waren nie „Sozialpartner“, denn es gibt einen grundlegenden Gegensatz zwischen Kapital (= Unternehmen) und Arbeit (= uns Beschäftigten). Denn höhere Löhne und Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten schmälern immer die Gewinne der Unternehmen.

Zur Verteidigung unseres Lebensstandards brauchen wir einen offensiv geführten Arbeitskampf mit Streiks und Demonstrationen. Ziel dieser Streiks ist nicht, eine bessere Verhandlungsbasis für einen schließlich faulen Kompromiss (= Abschluss irgendwo zwischen Gewerkschaftsforderung und Unternehmerangebot) zu schaffen. Ziel dieser Streiks ist vielmehr, diese so umfassend und kampfkraftig zu führen, dass die Kapitalseite gezwungen werden kann, auch wider ihres Willens, unsere Forderungen möglichst vollständig zu akzeptieren.

Das erfordert eine Mobilisierungskampagne, die ein, zwei Monate vor den eigentlichen Verhandlungen beginnt, um möglichst alle Beschäftigten an der Basis in den Betrieben einzubinden.

Und um eine schlagkräftige Bewegung aufzubauen, ist ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen aller Gewerkschaften und Branchen notwendig.

Gemeinsam verhandeln statt verteilt und schwächer

Warum verhandeln Metaller*innen, Handel und SWÖ (privater Gesundheits- und Sozialbereich) im November, die Eisenbahner*innen im Dezember, und etwa Elektro- und chemische Industrie überhaupt erst im April? Diese Aufsplittung schwächt die Beschäftigten und hilft der zögerlichen Strategie der Gewerkschaftsführung. Alle gemeinsam an einem Strang sind wir doch viel stärker!

Im Rahmen einer Kampagne mit Betriebsversammlungen, Betriebsräte*innen-Konferenzen und gewerkschaftlichen Aktionen müssen die Beschäftigten auch in die Erstellung der Forderungen einbezogen werden. Betriebsgruppen können dabei eine organisierende Rolle spielen.

Doch ein Problem bleibt. Die Teuerung findet kontinuierlich Monat für Monat statt. Der Ausgleich über die jährlichen KV-Abschlüsse erfolgt aber erst im Nachhinein nach 1 Jahr. So frisst die Teuerung jeden Monat einen

Teil unseres Einkommens auf. Eine Möglichkeit, dies zu verhindern, ist die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate (gibt es z.B. in Belgien). Ein Verhandlungsergebnis muss schließlich von den betroffenen Beschäftigten selbst in einer Urabstimmung bestätigt werden.

Was kannst du tun?

- » Fordere Deinen Betriebsrat auf, eine Betriebsversammlung zur Information und Mobilisierung der Kolleg*innen einzuberufen, bau eine Betriebsgruppe auf; so könnt Ihr gegenüber dem Betriebsrat mehr Druck ausüben.
- » Als Betriebsrat informiere und mobilisiere Deine Kolleg*innen in einer Betriebsversammlung und kontaktiere Betriebsräte anderer Betriebe, um Dich mit ihnen zu vernetzen.
- » Und kontaktiere uns, denn kämpferische Gewerkschafter*innen müssen zusammen arbeiten – frei nach einem Arbeiter*innen-Lied: „Eine Hand hat 5 Finger, einzeln kann man sie brechen, zusammen aber bilden sie eine Faust!“

Info

Die sogenannte Lohnquote, das ist der Anteil der Löhne und Gehälter an der gesamten Wertschöpfung, sank von 75 % im Jahr 1994 auf 68 % im Jahr 2019. Davon war vor allem das unterste Viertel

der Einkommensverteilung betroffen. Dieses hatte 2017 netto 16 % weniger Einkommen als das unterste Viertel 20 Jahre davor.

Angriffe auf Streikrecht nehmen zu

beide Artikel von Sonja Grusch

Am Valentinstag gaben sich die Beschäftigten der Privatkrankenanstalten nicht mit Blumen oder Klatschen zufrieden, sondern traten in einen Warnstreik, um ihre Forderung nach besserer Bezahlung zu unterstreichen. In den Medien wurde darauf hingewiesen, dass “die Arbeitgeber sich ans Bundeseinigungsamt gewendet haben”. Klingt harmlos, nach Mediation oder Streitschlichtung. Ist aber gefährlich und muss im Zusammenhang mit diversen Angriffen auf Arbeitsrechte gesehen werden. Just in dem Moment, wo Streiks als Kampfmittel zurückkommen, versuchen Unternehmen den Staat zum Eindämmen derselben zu nutzen.

In vielen Ländern versuchen Regierungen, das Recht zu streiken per Gesetz oder Verordnung einzuschränken. Die Argumentation ist stets dieselbe: Es müsse das “Gemeinwohl” geschützt werden. In den USA wurde mit dem Argument der “kritischen Infrastruktur” ein Streik bei der Bahn



für bezahlte Krankenstandstage durch Biden und Kongress verboten. Den Beschäftigten wurde vom Kongress ein neuer Vertrag aufgezwungen, weiter ohne bezahlten Krankenstand. In Britannien plant die Regierung ein “Minimum Service Gesetz”, damit „öffentliche Dienstleistungen Basisfunktionen aufrechterhalten können“. Im Klartext: Streiks bei der Bahn und im Gesundheitswesen sollen verboten werden. In Neufundland wollte die Regierung mit ähnlichen Argumenten den Streik von Ambulanzfahrer*innen aushebeln. Im Juli 22 verbot die norwegische Regierung einen Streik der Ölarbeiter*innen. Diesmal diente die “Energiekrise” als Vorwand. Die selben Regierungen, die die öffentlichen Dienstleistungen ausbluten,

kriminalisieren Beschäftigte, die sich gegen die Folgen wehren.

Das Bundeseinigungsamt gehört zum Arbeitsministerium, dort herrscht Martin Kocher von der ÖVP, bekannt für Angriffe auf die Rechte von Beschäftigten. Wer glaubt, dass eine “Schlichtung” zu Gunsten der Beschäftigten ausginge oder auch nur “objektiv” wäre, irrt gewaltig. Der Vorstoß beim Streik in den Privatkrankenanstalten kann rasch zum Versuch der Unternehmen werden, das Streik- und auch das Kollektivvertragsrecht auszuhebeln. Zugunsten der Interessen von Unternehmen drängt der Staat die Rechte von Beschäftigten zurück. Es beginnt mit solchen Testballons, gehen die durch, kommt mehr.

Streikrecht verteidigen und weiter gehen

Dass die Gewerkschaftsführung wenig beunruhigt ist, liegt auch daran, dass sie – trotz gegenteiliger Erfahrungen – an einen gerechten, neutralen Staat glaubt. Immer wieder hofft sie, dass Behörden, Ministerien, Gerichte und Regierung “fair” und “gerecht” agieren würden. Es stimmt, dass Arbeiterkammer und Gewerkschaft immer wieder Verfahren für Beschäftigte gewinnen. Doch am großen Ganzen ändert das nichts, nämlich dass die Rechte von Beschäftigten ständig angegriffen werden und verteidigt werden müssen: Die 60-h-Woche,

Prekarisierung auch im Öffentlichen Dienst und eine Regierung, die zur “Mäßigung” bei Lohnrunden auffordert. In Britannien haben die Gewerkschaften die aktuelle Streikwelle nach den Drohungen der Regierung nicht eingestellt, sondern um die Verteidigung des Streikrechtes erweitert.

In Österreich ist das Streikrecht aktuell weiter gehend als in manch anderen Ländern, Schritte in Richtung “Schlichtung” würden es einschränken, aber auch der Gewerkschaftsführung die Ausrede geben, noch weiter zu bremsen.

Doch es gibt keine “Schlichtung” und kein Ergebnis in einem Arbeitskampf, das für beide Seiten gut ist. Es mag platt klingen, aber Firmen wollen, dass wir immer mehr arbeiten für immer weniger Geld, Beschäftigte brauchen eine Arbeitszeitverkürzung und mehr Geld. Wer sich durchsetzt, ist eine Frage der Stärke, nicht der Gesetze. Insofern müssen wir jeden Angriff auf unsere Rechte bekämpfen, dürfen uns aber von rechtlichen Beschränkungen nicht davon abhalten lassen, für unsere Rechte zu kämpfen!

ROSA mobilisiert für 8. März

beide Artikel von Bianca Szabó

Das neue Jahr begann bei ROSA mit einem ersten Vernetzungstreffen im Jänner, bei welchem neue Aktivist*innen und Altbekannte zusammenfanden, um sich zu feministisch-sozialistischen Aktionen abzustimmen. In zwei verschiedenen Arbeitsgruppen wurde bei diesem Treffen an praktischen Ideen zur Mobilisierung für den 8. März diskutiert und gearbeitet. Es folgten eine Reihe von Aktionen um für den 8. März, den internationalen Frauenkampftag, zu mobilisieren.

Dazu haben wir gemeinsam am 14. Februar, dem Valentinstag eine Kundgebung gegen Gewalt an Frauen und LGBTIQ+-Personen organisiert, mehr als 100 Personen beteiligten sich. Schon Wochen zuvor gingen die Aktivist*innen flyern und riefen in ihren Umkreisen zur Teilnahme auf. Am Valentinstag sprachen dann auf der Mariahilferstraße in Wien verschiedene Aktivist*innen über Unterdrückung an Frauen, sexualisierte Gewalt an queeren Personen, die Teuerungskrise und die prekären

ISA in Aktion



Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Die zentrale Botschaft der Kundgebung: Das alles müssen wir nicht akzeptieren - organisieren wir uns, um gegen Sexismus, Teuerung und Carekrise zu kämpfen. Zwischen den Reden hatten wir Zeit für Diskussionen mit Interessierten und verkaufen Vorwärts- und ROSA-Zeitungen. In einem Gespräch mit einer Passantin wurde deutlich, dass unsere politische Arbeit auch auf Zustimmung stößt: „Ich suche schon lange ein Format für mich, aber es gab einfach nichts. Wo trefft ihr euch wann?“ Auch in Salzburg haben wir mobilisiert, u.a. mit Aktionen gegen Sexismus in der Gastro. ROSA und ISA

Aktivist*innen beteiligen sich auch an der Initiative von Sozial aber nicht blöd für betriebliche Aktionen am 8. März und organisieren gemeinsam mit anderen öffentliche Betriebsversammlungen und einen Protest von Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich am 8. März. Mit dieser Kampagne, aber auch mit weiteren ROSA-Vernetzungstreffen, wollen wir Menschen für einen gemeinsamen sozialistisch-feministischen Kampf organisieren. Ein Tag, eine Kundgebung oder eine Diskussion reicht aber nicht. Lasst uns aber damit anfangen und am 8. März gegen jede Unterdrückung an Frauen und queeren Personen aktiv sein.

12. Februar: Gedenken & Kämpfen

Am 12. Februar organisierten Aktivist*innen der ISA eine historische Stadtführung am Zentralfriedhof, um dem Arbeiter*innenaufstand vom 12. Februar 1934 gegen das austrofaschistische Dollfuß-Regime zu gedenken. Die Bewegung startete in Linz und zog sich weiter nach Wien, wo zwischen 12. und 15. Februar gekämpft wurde. Um zu verstehen, wie es dazu kam, vollzog unsere Führung anhand verschiedener Denkmäler die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung von der Revolution 1918 über den Justizpalastbrand 1927 bis zum Parlamentsputsch 1933 nach.

In den Jahren der wirtschaftlichen und politischen Krise war die sozialdemokratische Führung vor dem sich faschisierenden Bürgertum bis zur

Selbstaufgabe zurückgewichen; sie hatte größere Angst vor einer revolutionären Konfrontation als vor dem Sieg des Faschismus. Trotz des Versagens des Reformismus bewaffneten sich Arbeiter*innen selbst, um den verzweifelten Kampf gegen den Faschismus in die eigene Hand zu nehmen. Die Niederschlagung des Aufstands rollte letztlich auch den Teppich für Hitlers Einmarsch 1938 aus.

Wir können uns nicht auf den Staat, bürgerliche oder reformistische Kräfte verlassen, wenn es um den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Sexismus geht. Der Kampf gegen den Faschismus ist auch ein sozialistischer Kampf, in dem wir selbst aktiv werden müssen.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 310 | 03/2023

SCHWERPUNKT



FEMINISMUS: BÜRGERLICH ODER SOZIALISTISCH?

von Destina Tuncel

Frauen haben in Österreich schon lange um ihre Rechte gekämpft. Die Frauenbewegungen waren keinesfalls homogen, doch welche Unterschiede gab es zwischen den verschiedenen Strömungen? Während der bürgerliche Feminismus auf der Seite des herrschenden Systems steht und die eigenen Forderungen im Zweifelsfall diesem unterwirft, stellt der proletarische Feminismus die Frauenfrage untrennbar von der Klassenfrage: Die Ausbeutung der mehrheitlich weiblichen Arbeitskraft, auch in der unbezahlten Haus- und Pflegearbeit, sowie Gewalt an ihren Körpern sind Schlüsselemente für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems.

Seit einigen Jahren zeigt sich ein wachsendes feministisches Bewusstsein durch weltweite Protestwellen von Millionen von Frauen. Wir wehren uns gegen Gewalt und Diskriminierung, Geschlechterrollen und Ausbeutung. Dabei muss die feministische Bewegung die Kampfmethoden der Arbeiterinnenbewegung aufgreifen und zum feministischen Streik aufrufen. Gleichzeitig muss die Frauenfrage in der Arbeiterbewegung, in Gewerkschaften und Organisationen bewusst gestellt werden, denn die Emanzipation und Befreiung der proletarischen Frau ist ein notwendiger Bestandteil des Klassenkampfes.

Bei der Revolution 1848 bildeten proletarische Frauen die vorderste Front und organisierten sich für den Kampf

um Recht auf Arbeit – und heute sind die mehrheitlich weiblichen Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich in vielen Fällen der aktivste und kämpferischste Teil der Arbeiter*innenbewegung. Die proletarische Frauenbewegung ist die einzige, welche in der Lage ist, die Wurzeln von Sexismus zu überwinden, indem sie das kapitalistische System selbst bekämpft. Dafür braucht es ein revolutionäres Programm mit sozialistisch-feministischen Perspektiven. Bei diesem Kampf stehen Frau, Männer und alle, die nicht in vorgefertigte Kategorien passen wollen, Schulter an Schulter, denn sie sehen den Ursprung ihrer Trennung und Unterdrückung in der patriarchalen kapitalistischen Klassengesellschaft.

Die Lehren der proletarischen Frauenbewegung

“Die” Frauenbewegung gab es nie – der bürgerlichen Frauenbewegung ging es immer um Gleichstellung von bürgerlichen Frauen im Kapitalismus, während die Aktivist*innen der proletarischen Frauenbewegung dieses System als Grundlage der Unterdrückung bekämpften. Sie kämpften mit dem Bewusstsein, dass die Unterdrückung, die sie als Frauen und Arbeiterinnen erfuhrten, untrennbar mit der Ausbeutung auch des männlichen Teils der Arbeiter*innenklasse zusammenhängt und nur gemeinsam abgeschafft werden kann.

von Theresa Reimer und Sebastian Kugler

„Besonders die Weibsbilder betrogen sich wie die Furien; auf die rohesten, empörendste, unsittlichste Weise wurde die Garde beleidigt“ – so rechtfertigten Nationalgardisten im Sommer 1848 das Blutbad bei der „Praterschlacht“ in Wien im Rahmen der 1848er Revolution. Hier trat die Arbeiter*innenklasse erstmals selbst in Aktion und wurde prompt von der bürgerlichen Nationalgarde angegriffen. Schon an dieser Episode zeigt sich: Im Kampf gegen ihre eigene Unterdrückung nahmen Frauen in revolutionären Bewegungen eine führende Rolle ein – gleichzeitig werden sie auch von scheinbar fortschrittlichen bürgerlichen Kräften bekämpft, wenn ihr Kampf die Grundlage bürgerlicher Herrschaft – die kapitalistische Wirtschaft – bedroht.

Radikale Wurzeln

Die ersten bürgerlichen Frauenvereine, die sich im 19. Jahrhundert gründeten, beschäftigten sich hauptsächlich mit karitativen Projekten und hatten keinen politischen Anspruch. Währenddessen war brutalste Lohnarbeit für Frauen aus der Arbeiter*innenklasse die Realität. Der Lohn von Männern reichte nicht aus, um eine Familie zu ernähren. Dies und der Hunger des Kapitals nach Produktionssteigerung führten zu rasant steigender Erwerbstätigkeit von Frauen. Frauen und Kinder mussten die gefährlichsten und niedrigsten Tätigkeiten übernehmen oder waren an die Heimarbeit gebunden. Die Arbeiterinnenzeitung beschreibt 1902 die Heimarbeit als den Ort, wo die Arbeiter*innen- schaft am heftigsten ausgebeutet wird. Dennoch übernahm die reformistische Führung der sozialdemokratischen Arbeiter*innenbewegung lange die

bürgerliche Ideologie vom politischen und organisatorischen Ausschluss der Frauen. Frauen wurden als Lohndrückerinnen eingesetzt – doch anstatt dies durch gemeinsame Organisierung für höhere Löhne für alle zu bekämpfen, wollte die reformistische Führung (die folgerichtig männlich dominiert war) sogar ein Frauenarbeitsverbot, während Revolutionär*innen dies klar ablehnten. Proletarische Frauen mussten von Beginn an ihren Platz in der Arbeiter*innenbewegung erkämpfen – auch deswegen stellte die proletarische Frauenbewegung oft eine Opposition zu reformistischer Anpassung dar.

1893 organisierte die Sozialistin Adelheid Popp eine Demonstration für das Frauenwahlrecht in Wien, von der Parteiführung wurde jedoch 1905 beschlossen, dass aus „taktischen Gründen“ auf diese Forderung zunächst verzichtet werden sollte. Ziel war vorerst nur das allgemeine Männerwahlrecht, welches 1907 eingeführt wurde. Einige Frauen ordneten sich der Parteilinie unter, während andere, wie die deutsche Sozialistin Clara Zetkin, dies als Fehler bezeichneten. Zetkin ist die Einführung des internationalen Frauenkampftages zu verdanken – am 8. März 1911 demonstrierten in Wien 20.000 Frauen und Männer für das Frauenwahlrecht. Die bürgerliche Frauenbewegung sah das Wahlrecht als letzten Schritt zur vollständigen Emanzipation. Die proletarische Frauenbewegung sah im Wahlrecht jedoch nur eines von vielen Instrumenten, um die soziale Ungleichheit zu bekämpfen, was sich zum Beispiel in Forderungen nach dem 8-Stunden-Tag und gleichem Lohn für gleiche Arbeit ausdrückt.

Es war die sozialistische Frauenbewegung, die 1914 gegen den

imperialistischen 1. Weltkrieg war, während die Führung der Sozialdemokratie dem Kriegskurs zustimmte. Auch die bürgerliche Frauenbewegung, schon zuvor teilweise glühende Verfechterinnen brutalster kolonialer Ausbeutung, war für den Krieg und sah ihn als Chance, sich als „Patriotinnen“ zu beweisen. Dagegen rebellierten proletarische Frauen, die aufgrund des Krieges vermehrt auch in zuvor männlich dominierten Berufen eingesetzt wurden, bereits ab 1915 gegen die katastrophale soziale Situation. In der Folge befahl das österreichische Kriegsministerium, Frauen nur noch zu beschäftigen, wenn es nicht anders ging, weil sie „stets dasjenige Element darstellen, welches (...) die Ursache von Streiks bildet“. Dies wurde von den reformistischen, männlichen Partei- und Gewerkschaftsspitzen skeptisch bis ängstlich gesehen – während die Bolschewiki in denselben Entwicklungen in Russland revolutionäres Potential sahen und sie gezielt anfachten. So waren es dann auch die streiken den Textilarbeiterinnen in St. Petersburg, die 1917 Massendemonstrationen und die Russische Revolution auslösten.



Verschüttete Traditionen ausgraben!

Der Austro- und Nazifaschismus haben nicht nur die Arbeiter*innen-, sondern auch die proletarische Frauenbewegung in Österreich fast komplett zerstört. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges hatte die staatstragende Sozialdemokratie kein Interesse daran, an radikale Traditionen anzuknüpfen. Dennoch gab es ein gestiegenes Selbstbewusstsein unter Frauen: Sie hatten während des Krieges wieder die Gesellschaft am Laufen gehalten und im Nachkriegsaufschwung stieg die Erwerbsquote von Frauen wieder an. Die 2. Welle der Frauenbewegung entwickelte sich im Kontext von revolutionären Entwicklungen rund

die Frauenfrage nicht oder nur unzureichend aufgriff, setzte sich weiter in die 90er Jahre fort und als eine neue Welle der Politisierung rund um Fragen spezifischer Unterdrückung einsetzte, konnte sie keine sozialistischen Angebote und Antworten geben - befand sie sich doch selbst in einer tiefen Krise. Den Raum füllten akademische Theorien aus dem Bürgertum, die sich auf Symbolpolitik beschränken. Postmoderne Ansätze wie die Identitätspolitik geben keine Antworten und verbleiben bei abstrakten Diskussionen zu Geschlecht und Identität, das Konzept "Klasse" wurde immer mehr verdrängt. Klas-

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse.

Clara Zetkin

um koloniale Befreiung und die Bürgerrechtsbewegung in den USA - allerdings ohne dabei zentral in die Arbeiter*innenbewegung eingebunden zu sein. Das lag vor allem an der reformistischen Ignoranz der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien, die Frauenbefreiung als "Nebenwiderspruch" abkanzelten. In Österreich wurde die

Forderung nach Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein von der verbürgerlichten sozialdemokratischen Partei-führerung zur Fristen-lösung heruntergekocht.

Diese legalisiert Abbrüche nicht, sondern stellt sie nur "straf-frei" und sieht keine Übernahme der Kosten durch die Kassen vor.

Der Trend, dass die Arbeiter*innenbewegung

se ist aber keinesfalls nur eine Unterdrückung von vielen, sondern ein materielles Verhältnis, das erst die Basis dafür schafft, dass Sexismus, Rassismus usw. existiert. Erst wenn wir als sozialistische Feminist*innen uns dessen bewusst sind und unseren Kampf gegen Sexismus als Kampf gegen den Kapitalismus führen, können wir echte Freiheit erreichen.

Die Schwäche der Arbeiter*innenbewegung, Antworten auf die Unterdrückung von Frauen zu geben, erschwert auch den Kampf gegen dieses System. Doch für eine ganze Schicht von Frauen ist klar, dass die Gewalt und Diskriminierung, die wir in diesem System erfahren, untrennbar mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Nicht zufällig führen Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich, wo vor allem Frauen tätig sind, die oft dynamischsten Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen. Dies ist auch damit verbunden, dass in der momentanen Krise der Staat die Reproduktionsarbeit wieder vermehrt ins Private an Frauen auslagern will. Wir müssen heute an die radikalen Traditionen der proletarischen Frauenbewegung anknüpfen, um konsequent für Verbesserungen für Frauen und Arbeiter*innen kämpfen zu können und zu zeigen, dass dieser Kampf auch immer ein Kampf gegen das kapitalistische System ist.



Marx Aktuell: Reformismus vs. Revolution

von Severin Berger

Fehlt die richtige Analyse des Kapitalismus und die Ambition, mit dessen grundlegenden Widersprüchen, und damit dem gesamten Prinzip, zu brechen, so wird ein wahres Ende von Sexismus, ausbeuterischen Geschlechterrollen und allen anderen Formen der geschlechtsspezifischen Unterdrückung nicht möglich sein. In der Geschichte sahen wir immer wieder, wie die Ansätze verschiedenster reformistischer Kräfte in dem Aspekt nicht ausreichend waren: Sobald die Lösungsvorschläge und Positionierungen rund um feministische Themen das grundlegende System gefährden, werden sie, früher oder später, dem Erhalt eben dieses Systems geopfert.

So wurden diese Themen, z.B. von der SPÖ, nur so lange bedient, wie sie im Rahmen bürgerlicher Politik opportun waren. So hieß es etwa beim Kampf um Abtreibungsrechte in den 1970ern, um einem offenen Konflikt mit ÖVP und Kirche zu vermeiden: „Die sozialistischen Frauen [der SPÖ] können auf keinen Fall die Bezahlung der Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen verlangen. [...] Es darf uns nicht nachgesagt werden, dass wir diejenigen sind, die weniger Kinder haben wollen“. Im Gegensatz dazu wurden kurz nach der (von Frauen angestoßenen) Russischen Revolution von den Bolschewiki z.B. der Scheidungsprozess massiv vereinfacht, Schwangerschaftsabbrüche legalisiert und kostenfrei gestellt, Homosexualität legalisiert und Vergewaltigung in der Ehe strafbar gemacht. Fast all diese Errungenschaften sind unter dem Stalinismus gegen die Interessen der Arbeiter*innen wieder gefallen. Das diente vor allem dazu, die traditionelle Familie wieder zu etablieren und diese als Stütze der eigenen Herrschaft und Bürokratie zu nutzen. Gleichzeitig entsprach der stalinistische Antifeminismus der reformistischen Sabotage revolutionärer Bewegungen z.B. in Spanien, wo im Kampf gegen Franco antifaschistische Frauen entwaffnet wurden, um ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften zu schließen. All dies zeigt: Nur mit einer wirklich revolutionären Perspektive kann der Kampf gegen Frauenunterdrückung gelingen.





Sozialistischer Feminismus statt „Boss Bitches“

von Celina

Es ist 2023 und die Gleichstellung und Befreiung von Frauen ist international noch weit entfernt. Frauen sind nach wie vor von reaktionären Angriffen auf das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, Femiziden und dem (Wieder-) Erstarken toxischer Genderrollen betroffen. Zusätzlich treffen derzeitige Krisensituationen wie die Corona-Pandemie, Krieg oder die rollende Teuerungswelle Frauen besonders hart. „Boss Bitches“ wie die Kardashians und etablierte Politikerinnen wollen uns trotzdem erklären, dass Feminismus eine Frage der richtigen Einstellung ist und wir uns nur mehr „empowern“ müssen, um Angriffe auf unsere Körper und unsere Rechte wegstecken zu können.

Wir von ROSA und ISA sagen, dass hinter Sexismus und Frauenunterdrückung viel mehr als ein fehlgeleitetes, plumpes Frauenbild steckt, dem man einfacher mit feministischer Aufklärung oder dem individuellen Empowerment von Frauen entgegenwirken kann. Diese „Boss-Bitch“-Strategien sind weit weg von der Lebensrealität der allermeisten Frauen. Feministische Politik, die nur bei individuellen Lösungsansätzen, Symbolpolitik, Gender-Quoten und anderen Scheinlösungen verbleibt, verkennt die Ursachen von Frauenunterdrückung. Dabei wird die Unterdrückung von Frauen häufig nicht als systematisches Problem erkannt, das seine materiellen Wurzeln im bestehenden kapitalistischen System hat.

Feminismus braucht Sozialismus – und umgekehrt

Wir als ROSA und ISA sprechen uns klar für einen sozialistischen Feminismus aus: Für uns ist klar, dass sexuelle Übergriffe, Sexismus und Gewalt an Frauen aus einer patriarchalen Struktur entstehen, die wiederum Teil des kapitalistischen Systems ist. Der Kapitalismus begründet sich nicht nur aus der Ausbeutung von Arbeiter*innen, sondern auch gezielt aus der Ausbeutung der billigen oder sogar unbezahlten (Care-)Arbeit und der Körper von Frauen. (Klein)Bürgerliche Feminist*innen setzen vor allem auf Maßnahmen wie Gendern, „Anerkennung“ weiblicher Care-Arbeit, Frauenquoten in höheren beruflichen (Vorstands-) Positionen und Repräsentation in der Medienlandschaft. Solche Symbolpolitik greift nicht nur zu kurz, sondern kann auch benutzt werden, um sexistische Politik zu verschleiern. So griff Justizministerin Zadić kürzlich in einem Kommentar öffentlichkeitswirksam das Thema Menstruation auf und ließ sich dafür feiern – in ihrem Ministerium wurde gleichzeitig seit 2021 eine Gesetzesnovelle im Kindschaftsrecht ausgearbeitet, die unter anderem alleinerziehende Frauen noch stärker von potentiell gewalttätigen Ex-Partnern abhängig machen könnte.

Für uns ist daher klar, dass ein Kampf um die Befreiung von Frauen nicht bei Debatten um Gendern, Repräsentation oder anderen symbolhaften Gleichstellungsfragen

verbleiben kann, die nicht jenes System angreifen, das die Unterdrückung von Frauen überhaupt erst produziert. Ein Feminismus von unten muss sich deshalb klar von vermeintlich empowertem „Bitch-Boss“-Sein oder Symbolpolitik abheben und weiter gehen. Gewalt an Frauen in jeglicher Form hat strukturelle Wurzeln und ist nicht nur durch ein anderes „Mind-set“ ausgleichbar. Wenn wir also von sozialistischem Feminismus sprechen, meinen wir einen Feminismus, der beispielsweise Arbeitskämpfe im Pflege- und Gesundheitsbereich unterstützt und organisiert – ein Bereich, der überwiegend weiblich ist und als Dank für die systemrelevante Arbeit während der Pandemie von den Bossen derzeit mit De-Facto-Lohnkürzungen konfrontiert ist.

Wir von ROSA und ISA führen den Kampf um Geschlechtergerechtigkeit als Klassenkampf. Für uns ist klar, dass wir feministische und gleichzeitig antikapitalistische Kämpfe in verschiedensten Facetten – in Form von Streiks, Pride-Protesten, Kampf für demokratische Rechte, Umweltprotesten und vielen anderen Kämpfen gegen das kapitalistische System führen müssen. Diese Kämpfe müssen feministisch, sozialistisch, proletarisch und international sein, da nur durch die aktive Bekämpfung des kapitalistischen Systems die Frauenbefreiung errungen werden kann. Schließ dich unserem Kampf für eine sozialistisch-feministische Alternative an und werde mit uns aktiv.



Foto: Taz, CC BY 2.0

Hungern für Profite

von Stefan Brandl

Hunger betrifft weltweit knapp 800 Millionen Menschen, 91% davon in Asien und Afrika. Die Herrschenden geben sich betroffen. Dabei ist Hunger kein unabwendbares Schicksal, das durch Naturkatastrophen oder "Misswirtschaft" erklärt werden kann, sondern nur eine Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der bewussten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ihrer Institutionen.

Hunger durch Kapitalismus und Ausbeutung

Kapitalismus führt auf vielerlei Art zu Hunger: Durch Landraub – Beschlagsnahme oder Aufkaufen von Landflächen durch Regierungen, Konzerne oder (ausländische) Investoren – und Monokulturen für kurzfristige Profite bis hin zu Klimawandel und Kriegen. Mitgemeint ist auch Trinkwassermangel, v.a. im Nahen Osten und Zentralasien. Bewässerungsanlagen für Plantagen zum Export, Minen und Industrien von v.a. internationalem Kapital führen zu Trinkwassermangel für die Bevölkerung.

Viele kennen UNO Welthungerhilfe, Unicef und viele NGOs, die um Spenden keilen. Weniger bekannt: Seit Jahrzehnten unterstützt die UN Regierungen, die Landraub durch Erpressung, Militär oder Enteignung forcieren, mit Krediten, Handelsabkommen oder "Entwicklungshilfe", auch um schnelle Profite für Konzerne

zu generieren. Auf Druck werden Lebensmittel billig produziert und für den internationalen Markt exportiert, anstatt lokal verwendet zu werden.

Hunger & Durst: Erbe von Kolonialismus & Imperialismus

Die Grundlage für die extreme Ausbeutung liegt in der Kolonialzeit und der Ausbeutung von Rohstoffen und menschlicher Arbeit. Nach 1945 erschwerten Unabhängigkeitsbewegungen die Ausbeutung; bis schließlich die direkte Kolonialherrschaft aufgegeben werden musste. Doch man stellte sicher, dass die wirtschaftlichen Verbindungen und Abhängigkeiten zu europäischem und US-Kapital blieb. Statt durch einen direkten Kolonialherren wurde die Bevölkerung nun von willigen und korrupten heimischen Eliten ausgebettet, die eher Marionetten der ehemaligen Kolonialmächte sind und sich durch den Handel bereichern.

IWF, Weltbank sowie diverse NGOs und die Entwicklungshilfe der imperialistischen Staaten sind Instrumente, die das weiterführen. Sie zahlen Kredite an "unterentwickelte" Staaten,

um in Form von Schulden die Abhängigkeit aufrechtzuerhalten. Auch einzelne Nationalstaaten, darunter auch China mit der "Belt and Road"-Initiative, versuchen mit Kredit-Ausbeutung (nachteilige Kreditbedingungen mit Wucherzinsen) Infrastruktur aufzukaufen und Abhängigkeiten zu verstärken. Insbesondere im Rahmen der Blockbildung ("USA vs. China") der letzten Jahre sowie des Wettkaufs um Märkte und Ressourcen werden neokoloniale Länder zwischen den beiden Blöcken zerrieben, die natürliche und menschliche Ressourcen wie auch Bodenschätze umso stärker ausbeuten.

Als einziges wirksames Programm gegen weltweiten Hunger müssen alle Profiteure der Lebensmittelindustrie enteignet werden – mit der aktuellen Produktion könnten bis zu 12 Milliarden Menschen ernährt werden. Massenbewegungen müssen geraubtes Land vor Ort wieder zurück erkämpfen und die Streichung aller Schulden erkämpfen. Statt Spenden für NGOs können wir sehr konkret den Kampf der Arbeiter*innen, Landwirt*innen und Landlosen vor Ort unterstützen!

Bis 2015 ist die Zahl der Hungernden weltweit zumindest offiziell zurückgegangen. Klimawandel, Corona-Pandemie, Blockbildung und Kriege führen zu einer Zunahme vor allem an "akut" Hunger leidenden – also den am

Info

stärksten unterernährten Teilen. Trotz Produktionskapazitäten für über 12 Milliarden Menschen (Weltbevölkerung ~ 8 Milliarden.) müssen Millionen Menschen für Profite hungern.

Putin, Stalin, Kommunismus – alles das Gleiche?

von Jan Millonig

Im Februar jährt sich der russische Angriff auf die Ukraine, im März Stalins Todestag. Warum der immer wieder gebrachte Vergleich zwischen Putin und Stalin Unsinn ist, kann in der Infobox nachgelesen werden. Doch neben Propaganda gegen den Feind im imperialistischen Konflikt zwischen China/Russland auf der einen und USA/Westen auf der anderen Seite, Rechtfertigung für Rüstungsausgaben usw., dient der Krieg den Herrschenden im Westen auch als günstige Gelegenheit, gegen „Kommunismus“ zu wettern.

Denn vor allem der Jugend heute „fehlt“ die Erfahrung mit der antikommunistischen Propaganda im Kalten Krieg und das Image des kapitalistischen Systems ist schon länger in der Krise. In einer weltweiten Umfrage sagten 2020 über 50%, dass der Kapitalismus mehr schadet als nützt. Selbst in Deutschland findet die Mehrheit der 16- bis 29-Jährigen, die „soziale Marktwirtschaft“ erfüllt ihr Versprechen nicht. Dieser Trend verstärkt sich laufend. Umfragen zeigen auch, dass „Sozialismus“ vor allem unter Jungen immer mehr Sympathien bekommt. So versucht man, diese neu gegen die Idee einer sozialistischen Gesellschaft zu „immunisieren“.

Aber wenn jetzt vor „der Rückkehr des Sowjetsozialismus“ gewarnt wird, weil in Russland der Staat stark in die Wirtschaft eingreift, sind das Strohmänner. Jeder Staat (wie übrigens auch die Ukraine) greift in Kriegszeiten zu solchen Maßnahmen, inklusive der Kontrolle über die Rüstungsproduktion und anderen Eingriffen in die Wirtschaft.

Die ganz normale imperialistische Kriegshetze

Das weltweite kapitalistische Wirtschaftssystem zwingt die einzelnen

Player zu Profitsteigerung und Wachstum. In einer endlichen Welt muss das unweigerlich zu Verteilungskämpfen um Ressourcen und Absatzmärkte führen. Die einzelnen Nationalstaaten (und Blöcke) versuchen dieses Interesse bestmöglich für „ihre“ Kapitalist*innen durchzusetzen, bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen. Der Westen und die NATO konnte das in Europa bis jetzt durch „sanfte Maßnahmen“, wie wirtschaftliche und politische Einflussnahme oder den Ausbau der NATO-Verteidigungsline umsetzen. Putin konterte mit Flucht nach vorne.

Dabei geht es ihm nicht nur um seine persönliche Macht, sondern die Interessen der russischen Oligarch*innen-Elite, deren wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Region zu sichern und Einflussphären im Rahmen des imperialistischen Kampfes auszubauen.

Die Neigung zu Aggression und Eroberung liegt also nicht in der „russischen Seele“, sondern ist ein Ergebnis kapitalistischer Mechanismen, im Rahmen derer die USA und der Westen genauso ihre eigenen Interessen in Europa, gegenüber China im Pazifik oder am Balkan verteidigt. Zur Verschleierung wird von der „Verteidigung westlicher Werte“ fabuliert, Russ*innen mit rassistischen Vorurteilen belastet und alle mit Putin gleichgesetzt. Doch „der Westen“ hat überhaupt kein Problem mit Diktaturen oder repressiven Regimes, wenn sie auf ihrer Seite stehen, siehe Erdogan oder Saudi Arabien.

Genauso falsch ist es, sich aus einer gerechtfertigten Ablehnung des westlichen Imperialismus und in einer „der Feind meines Feindes ist mein Freund“-Manier mit dem scheinbar „besseren“ (chinesischen oder russischen) Imperialismus zu solidarisieren.

Tatsache ist, dass Russland und China nichts mit „Sozialismus“ zu

tun haben. Tatsache ist auch dass „der Westen“ weit entfernt ist von einer Gesellschaft, die frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Die Antwort auf diese Verteilungskämpfe unter denen da oben kann nur Solidarität von unten gegen eben diese sein. Wir stehen mit der russischen, ukrainischen, iranischen, chinesischen und amerikanischen Arbeiter*innenklasse gegen Putin, Biden, Xi, Selensky und Chamenei. Und zwar gegen Ausbeutung und Krieg und alle herrschenden Klassen und für eine von der gesamten Arbeiter*innenklasse demokratisch verwaltete Wirtschaft und Gesellschaft.

Info:

Wie Putin selbst, betrachten westliche Kommentator*innen die Rolle historischer Figuren oft nur oberflächlich, versuchen ihr Handeln durch ihren „Charakter“ zu erklären, ohne soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge und Interessen zu analysieren. Doch selbst Putin unterscheidet (richtigerweise) zwischen Lenin und Stalin. Ersterer stand für die Machtübernahme durch Arbeiter*innen- und Soldatenräte und mit den Bolschewiki für einen schnellen Ausstieg Russlands aus dem 1.

Weltkrieg sowie das Recht auf nationale Unabhängigkeit unterdrückter Völker. Genau das kritisiert Putin, der eher in der nationalistischen Tradition des Zaren-Reiches steht. Wenn er sich auf die Sowjetunion positiv bezieht, dann auf die übelsten stalinistischen Elemente. Denn auch Stalin hat auf Nationalismus gesetzt und nationale Minderheiten unterdrückt, um „Einheit“ zu erzwingen und so die Macht der stalinistischen Kaste zu sichern. Das ging Hand in Hand mit dem Abbau der sozialen und demokratischen Errungenschaften der Oktoberrevolution 1917.

Türkei: Regime geht über Leichen

beide Artikel von Oliver Giel

Am 6. Februar brach bei der südost-anatolischen Millionenstadt Gaziantep nahe der türkisch-syrischen Grenze ein Erdbeben der Stärke 7.8 aus. Dass dieses Gebiet erdbebengefährdet ist, ist lange bekannt, liegt es doch am Treppunkt dreier tektonischer Platten. Hier findet etwa einmal im Jahr-zehnt ein Erdbeben statt. Bereits 1999 ereignete sich östlich von Istanbul ein Erdbeben ähnlicher Stärke. Keine geologischen Ursachen dagegen haben die menschlichen Opfer: Zehntausende Menschen starben, davon die meisten in der Türkei. Hunderttausende wurden verwundet oder verstümmelt, Millionen Menschen obdachlos.

Ein großer Teil der Opfer geht auf das Konto der türkischen Bauwirtschaft, denn obwohl die Erdbeben-gefahr bekannt ist, wurden die Häuser instabil gebaut. Als Baustoff wurde überwiegend Beton verwendet, der mit Sand gestreckt wurde, was billig und einfach herzustellen ist. Stütze der Macht des Erdoğan-Regimes waren neben nationalistisch-religiösem



Foto: C.Stadler/Bwag, CC BY-SA 4.0

Populismus lange auch die Jobs durch den staatlich geförderten Bauboom. Hauptprofiteur war allerdings stets die Bauwirtschaft, eine von Erdogan's Hauptbündnispartnern. Dass die nach dem Erdbeben 1999 erlassenen Vorschriften für Erdbebengebiete durch die Baufirmen massiv unterlaufen wurden, ist wohl kein Zufall, aber profitabel. Selbst massive Verstöße gegen die Bauvorschriften wurden nachträglich gebilligt. Die Menschen wurden nicht nur Opfer des Erdbebens, sondern auch einer Clique aus Kapital und Erdogan's Partei AKP.

Mit der Wirtschaftskrise in der Türkei in den letzten Jahren ließ die Unterstützung für Erdogan rapide nach. Die hohe Inflation hat dramatische Folgen, die Arbeiter*innen

wehren sich mit einer Serie von Streiks in der Auto-, Elektro- und Textilindustrie, unter Amazon-Beschäftigten, Bauarbeiter*innen und im Gesundheitswesen und Anfang des Jahres erkämpften Metallarbeiter*innen eine Lohnsteigerung von 84%.

Nun beugt Erdogan das Gesetz, um in den Wahlen im (voraussichtlich) Mai erneut antreten zu können. Das türkische Regime reagiert auf die sinkende Unterstützung mit wachsender Repression gegen Frauen, Arbeiter*innen, Minderheiten und die Opposition, sowie gegen kurdische Gebiete in der Türkei und Nordsyrien – doch das kann auch zu einer neuen Welle des Widerstands von unten führen.

internationalsocialist.net

Erdbeben im Erdogan-Staat

Dass Regierungen nicht, zu spät und zu wenig helfen, dass viel Hilfe in dunklen Kanälen verschwindet – das hat politische Sprengkraft. 1972 ereignete sich in Nicaragua ein Erdbeben, in dessen Folge Tausende ihr Leben und Hunderttausende ihr Obdach verloren. Als die Korruption des Regimes im Umgang mit Hilfsgeldern immer deutlicher wurde, wuchs die Opposition. 1979 wurde das Regime durch eine Revolution gestürzt, geführt von einer links-katholischen Guerilla-Bewegung. Nach anfänglich vielen Hoffnungen und einigen

Verbesserungen arrangierte sich das neue Regime mit dem Kapital, verscherbelte das Sozialsystem und verbietet ungewollt Schwangeren den Zugang zu Abbrüchen.

Um die Korruption Erdogan's zu sehen, braucht es keine Veruntreuung von Aufbauhilfe – auch wenn diese zu erwarten ist. Die Organisierung der Hilfe und Verteilung der Lieferungen durch demokratisch gewählte Komitees ist nötig. Erdogan's Glaubwürdigkeit bricht schneller zusammen als Billigbeton im Erdbebengebiet. Die türkischen Bauarbeiter*innen und

Ingenieur*innen wissen am besten, wie man sicheren Wohnraum in erdbebengefährdeten Gebieten schafft – sie müssen den Wiederaufbau leiten, finanziert aus den Superprofiten der Bauwirtschaft. Hier liegt auch der Schlüssel für den Sturz des Regimes. Denn die Türkei wird nicht durch eine militärische Übernahme des Staates durch eine Guerilla-Truppe befreit werden, deren es viele in der Türkei gibt, sondern nur durch den gemeinsamen bewussten Kampf am Arbeitsplatz, in der Schule und den Nachbarschaften.



Pflegestreik in Britannien

von Peter Hauer

“Die Patient*innen sterben nicht, weil wir streiken. Wir streiken, weil die Patient*innen sterben.” Das sind die Worte einer streikenden Person. Das Vereinigte Königreich (UK) erfährt aktuell eine historische Streikwelle wie schon seit knapp 40 Jahren nicht mehr. An der Spitze dabei der Gesundheits- und Pflegebereich. Das öffentliche National Health System (NHS) wurde über Jahrzehnte hinweg kaputtgespart, die Reallöhne sind in 13 Jahren um ca. 17% gesunken – und das obwohl die Löhne historisch schon immer niedrig waren, auch weil Gesundheitsberufe “Frauensache” sind. Die neoliberalen Angriffe der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, dass das Gesundheitssystem nur mehr ein Notfallsystem ist. Die Beschäftigten sind überlastet, überarbeitet, kündigen, und für die Verbleibenden sieht es nicht nach Besserung aus, weil es auch an Nachschub an Auszubildenden mangelt. Zu allem Überdruss werden auch kleinere Arbeitsstellen geschlossen, weil es an Geld fehlt.

Zehntausende streiken im ganze Land

Die Gewerkschaft “Royal College of Nursing” (RCN) hat ihre 465.000 Mitglieder befragt, ob sie für höhere Löhne und Anerkennung streiken wollen und in der Urabstimmung stimmten 92.5% dafür. Trotz der enormen Stärke des Ergebnisses wird es durch die Anti-Streik-Gesetze der Regierung geschwächt. Denn die RCN hält sich an

diese Regelungen und warnt Mitglieder auch davor, sich über die Gesetze hinwegzusetzen – anstatt den Streik für bessere Arbeitsbedingungen mit jenem gegen die Angriffe der Regierung zu verbinden!

Trotzdem streikten am 6. und 7.2. an unglaublichen 73 Krankenhäusern, Ambulanzen, Blutspendezentralen... mehrere zehntausend Beschäftigte. An weiteren 176 Institutionen haben sich Arbeiter*innen über die Anti-Streik-Gesetze hinweggesetzt. Es war der größte Streik in der Geschichte des NHS. Auch die Gewerkschaften UNITE und GMB haben mit einem Teil der Mitgliedschaft zum Streik aufgerufen. Es zeigt sich, dass das Potential für eine Organisation vorhanden ist, die die Beschäftigten vor Ort einbezieht. Die RCN diente ursprünglich lediglich als Register für Leute, die im Gesundheitsbereich arbeiten und gerade deswegen hat das RCN eine große Reichweite. Sie ist eigentlich keine kämpferische Gewerkschaft, der erste Streik des RCN wurde erst 2019 abgehalten. Das bedeutet auch, dass die Erfahrungen mit Streiks noch sehr gering sind und die Beteiligung der Mitgliedschaft an der Gewerkschaft ebenso – es zeigt aber auch,

wie sich Strukturen in Kämpfen entwickeln und verändern und von den Mitgliedern mit Leben gefüllt werden können.

Breite Unterstützung – Generalstreik nötig!

Hoch ist mit 70% die Unterstützung der Bevölkerung für die Streiks des NHS. Angesichts der historischen Streikwelle, welche sich noch ausbreitet, ist die einzige richtige Antwort, die Streiks auszuweiten. Bis in den März hinein gibt es Streiks verschiedenster Teile im Sozialsystem. Socialist Alternative (ISA in England-Wales-Schottland) erklärt die Notwendigkeit eines Generalstreiks. Alle Gewerkschaften sollen dazu aufrufen und die vielen Aktionen und Streiks müssen auch an der Basis von den Beschäftigten selbst organisiert und koordiniert werden. Eine Ausweitung des Kampfs ist notwendig, um ein ausfinanziertes Gesundheitssystem zu erkämpfen, aber auch, um die vorhandene Unterstützung in maximale Schlagkraft zu verwandeln.

socialistalternative.info

Gegründet wurde die RCN, allerdings noch nicht als Gewerkschaft, Anfang 1916 mit 34 Mitgliedern, Ende 1916 waren es über 2.000. Aktiver wurde sie 1961 angesichts einer Wirtschaftskrise für Lohnerhöhungen. Erst seit 1995 kann sie

Info

auch formal Streiks ausrufen, begann sich weiter aufzubauen und breitere Schichten an Beschäftigten zu organisieren. Inzwischen verfügt sie über fast 500.000 Mitglieder.

Weltkongress der ISA angesichts einer neuen Ära

beide Artikel von Yasmin Morag

Anfang Februar verhandelten die imperialistischen Kriegstreiber die Details zu Panzern und Kampfflugzeugen und damit zur Eskalation des Krieges in der Ukraine. Zeitgleich versammelte das höchste Gremium der ISA, der Weltkongress, über 100 Mitglieder aus mehr als 30 Ländern. Im Zentrum stand der Charakter der Periode, deren Herausforderungen und Chancen.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf die eskalierenden imperialistischen Spannungen, die am deutlichsten im Krieg in der Ukraine zum Ausdruck kommen, aber auch im Pazifik. Das charakterisiert das Ende der Ära des Neoliberalismus und eine neue Periode mit einer verstärkten Rolle des Staates, u.a. mit massiven Militärausbgaben.

Während Sozialist*innen im Westen gegen die westliche Propaganda aufstehen müssen, berichten ISA-Mitglieder aus neokolonialen Ländern, dass die Erfahrung der Massen mit der



kriminellen Ausbeutung durch den westlichen Imperialismus bedeutet, dass wir aufzeigen müssen, dass China und Russland nicht weniger ausbeuterisch sind. Vor dem Hintergrund der Inflation und der Unfähigkeit der politischen Eliten, einen Ausweg zu bieten, zeigen neue Wellen des Kampfes, von der Streikwelle in Britannien bis zum mutigen Aufstand im Iran, den Weg nach vorn. Die Kämpfe im Interesse der arbeitenden Massen und nicht der einen oder anderen ausbeuterischen, imperialistischen Kraft nehmen zu.

Bei den Massenkämpfen in dieser neuen, turbulenten Periode stehen oft Frauen im Vordergrund. Sie arbeiten oft in den am stärksten von schlechter Bezahlung und Personalmangel betroffenen Sektoren wie Gesundheit

oder Bildung und erleben zusätzlich, wie ihre Rechte bedroht und angegriffen werden - all das politisiert und radikalisiert.

Die Krise des Kapitalismus ist für Arbeiter*innen überall zu spüren. Sie bedroht unsere Sicherheit und unsere Zukunft auf diesem Planeten - der Kampf dagegen muss organisiert und koordiniert werden. Er braucht ein internationales sozialistisches Programm, das für die Interessen der arbeitenden Massen kämpft. Mit Blick auf den Kampf für eine menschenwürdige Zukunft ist die ISA aktiv - am Internationalen Frauentag, unserer sozialistischen feministischen Rosa-Konferenz (18.-19.3.), dem Internationalen Tag der Pflege (12.5.) und vielen anderen Initiativen. Schließt euch uns an!

Aktiv auf 5 Kontinenten

Covid, Krieg und Klimakatastrophe zeigen, dass ein grundlegender Wandel nötig ist. Widerstand und Organisierung findet statt und wir sind dabei! In den USA ist ISA Teil der gewerkschaftlichen Organisierungskampagne und startet „workers strike back“, bei der Streikwelle in Britannien treten ISA-Mitglieder für einen Generalstreik ein.

In China, Hongkong und Russland arbeiten Sozialist*innen unter repressiven Bedingungen und in Südafrika, Nigeria und der Elfenbeinküste ist Armut eine große

Herausforderung. Dennoch war die ISA in Südafrika (WASP) führend bei den Clover-Streiks, unterstützt von ISA-Mitgliedern in Israel-Palästina (wo das Mutter-Unternehmen seinen Sitz hat). Israel ist mit der reaktionärsten Regierung seiner Geschichte konfrontiert und hier kämpfen wir nicht nur gegen die Unterdrückung von LGBTQ+ Personen, Frauen und Palästinenser*innen sondern auch gegen ein Regime, das für Elend und Blutvergießen auf beiden Seiten des Konflikts verantwortlich ist. Die ISA in Mexiko ist massiv gewachsen und

konzentriert sich auf die extreme Krise der Lebenshaltungskosten sowie die Pandemie und gegen Gewalt gegen Frauen. ISA in Brasilien stellt am 8.3. ihr sozialistisch-feministisches Banner vor und betont, dass der Kampf gegen Bolsonaro von der Arbeiter*innenklasse geführt werden muss.

Die ISA wird weltweit stärker, auch in neuen Ländern wie Rumänien, Frankreich, Italien, Indien und Iran. Wir bereiten uns auf eine turbulentere Periode vor, in der internationale, sozialistische Organisierung entscheidend sein wird.



Pariser Kommune 1871: Der Staat ist nicht neutral

von Anna Hiermann

„Die Pariser Kommune war der erste Versuch der Arbeiter*innenklasse, die Macht zu ergreifen. Am 28. Mai 1871 brachten die Arbeiter*innen und Armen Paris unter ihre Kontrolle. Doch sie konnten diese Macht nur für 72 Tage halten. Am Ende wurde die Kommune innerhalb einer Woche in einem grausamen Blutbad niedergeschlagen. Klassenkrieg statt Völkerkrieg Zwischen Frankreich auf der einen und Deutschland unter preussischer Führung auf der anderen Seite herrscht 1871 bereits seit Monaten Krieg. Die reguläre Armee ist großteils in deutscher Kriegsgefangenschaft, die Bevölkerung von Paris erhält Waffen, um die Stadt zu verteidigen. Die ohnehin große gesellschaftliche Ungleichheit wird durch Krieg und die Belagerung von Paris weiter verstärkt. Der Unmut steigt, auch sozialistische Gruppen erfahren regen Zulauf, da viele Leute sich von der französischen herrschenden Klasse entfremdet haben. Bereits Anfang März 1871 kommt es zu Unruhen und viele der Reichen verlassen die Stadt. Aus Angst vor dem Unmut der Arbeiter*innen und Armen versucht die bürgerliche Regierung, die inzwischen einen Deal mit dem bisherigen Feind geschlossen hat, die Waffen zurückzuholen, was misslingt. Ab diesem Zeitpunkt steht sie dem revolutionären Paris feindlich gegenüber.

Denn die Arbeiter*innen beginnen mit dem Aufbau einer neuen, proletarischen Demokratie. Das stehende Heer wird abgeschafft und durch

eine Nationalgarde ersetzt. Außerdem werden die Wohnungen der Reichen beschlagnahmt und Mieten erlassen. Fabriken, die von geflohenen Besitzer*innen zurückgelassen werden, werden von den Arbeiter*innen betrieben. Die Kirche verliert ihre Macht und Privilegien, dafür erhalten die neu gewählten Vertreter*innen nur einen durchschnittlichen Arbeiter*innenlohn. Frauen nehmen aktiv am politischen Leben teil und sind an der Verteidigung der Kommune beteiligt. Nachdem sich die französischen Bürgerlichen mit den deutschen Herrschenden zusammengetan haben, gelingt es ihnen, in die Stadt einzudringen, es kommt zu blutigsten Kämpfen und die Kommune und mit ihr rund 30.000 Kommunard*innen fallen.

Lehren über die Rolle des Staates

Die Kommune hatte den Staat der herrschenden Klasse nicht zerschlagen. Deren Vermögen blieben weitgehend unangetastet, sie konnten ungeschoren abziehen. Das ist jedoch verheerend, wie Karl Marx 1872 schreibt: „Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, dass die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann“, sondern sie muss sie „zerbrechen“. Bis dahin hatte auch in der sozialistischen Bewegung ein klares Bild vom Staat gefehlt, die Kommune hatte dafür teuer bezahlt. Die zentrale Rolle des Staates, nämlich die unterdrückten Klassen kleinzuhalten und so die Stabilität des

herrschenden Systems zu gewährleisten, wurde deutlich. Seit der Entstehung von Klassengesellschaften und den daraus resultierenden Klassengegensätzen nutzen die Herrschenden den Staat für ihre Interessen.

Das französische Bürgertum gab den Arbeiter*innen Waffen, um Paris für sie zu verteidigen. Als das Proletariat jedoch auch für sich etwas wollte, verbündete sich das französische Bürgertum mit dem deutschen Militär. Die Erkenntnis daraus ist bis heute gültig: Der iranische „Prinz“ will die Bewegung nutzen, um wieder an die Macht zu kommen. Die Ziele der heutigen Protestbewegungen aber würden nicht erfüllt werden, wenn sie Bündnisse mit diesem oder bürgerlichen Kräften, die das iranische Öl an westliche Konzerne verkaufen möchten, eingehen. Länder wie der Iran werden nur durch eine breit organisierte Arbeiter*innenbewegung den Kampf für echte Demokratie gewinnen.

In revolutionären Bewegungen reicht es nicht, Ämter bzw. staatliche Institutionen mit „eigenen“ Leuten zu besetzen, denn „der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere.“ (Lenin 1917)

Die Erfahrungen der Pariser Kommune führten dazu, dass im Zuge der Russischen Revolution 1917 die bestehenden staatlichen Institutionen zerschlagen und die Herrschaftsverhältnisse grundlegend neugestaltet wurden, um die Basis für eine gänzlich andere Gesellschaft zu legen. Das muss auch das Ziel von Bewegungen des 21. Jahrhunderts sein.

ISA



INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

WOFÜR
WIR
STEHEN

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS
ABONNIEREN!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 310 | 03/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€



WIDERSTAND VON UNTEN GEGEN FPÖ UND RASSISMUS

AUS DEM INHALT

» In Umfragen steht die FPÖ wieder auf Platz 1. Wie kann die rechte Gefahr wirksam bekämpft werden?

[Seite 4](#)

» Der Pflegestreik in Britannien ist der größte seit langem – und ein gutes Beispiel auch für Österreich

[Seite 16](#)

» Noch nie litten so viele Menschen an **Hunger**. Das muss nicht sein. Sozialistische Analysen zu Ursachen und Lösungen

[Seite 13](#)